

Die sozialistische Alternative im XXI. Jahrhundert

Günter Buhlke

rbuhlke@aol.com

„Solch ein Gewimmel möchte ich sehn! Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn“

(J.W. Goethe, Faust)

1. Träume und Erwartungen

Seit der Drucklegung der „Utopia“ von Thomas Morus ¹⁾ im Jahr 1516 sind 496 lange Jahre voller Hoffnungen auf ein besseres Leben vergangen.

Im Verlauf der nachfolgenden Geschichte hat sich das Weltbild des Sozialismus von utopischen Vorstellungen Schritt für Schritt ausgeformt. Bauernaufstände, Rebellionen der Abhängigen, die französische Revolution von 1789 und die russische und mexikanische von 1917, die Formulierung der Menschenrechte, der Gründung der Gewerkschaften und Festlegung von Mindestrechten der Abhängigen in Gesetzen, dies alles und noch mehr gehören zu den Meilensteinen der Entwicklung hin zum Sozialismus.²⁾ Opferreiche Kampf- und Streikaktionen waren erforderlich, um die Lebensqualität der Familien zu verbessern. Dank des naturwissenschaftlichen materialistischen Herangehens in der Zeit der Aufklärung, dank der Ideen der utopischen Sozialisten in Frankreich und England und der Forschungen zum wissenschaftlichen Sozialismus schälten sich die Strukturen einer neuen Gesellschaft im 19. Jahrhundert immer klarer heraus. Das Zusammenspiel der verschiedenen Elemente der sozialistischen Gesellschaft, wie gesellschaftliche Führung, politische Vertretung, Wirtschaft wurde eine gerechte Gesellschaft, jenseits des Kapitalismus erforscht. Karl Marx analysierte die kapitalistische Produktionsweise und den Wertschöpfungsprozess ³⁾. Er wies die Mechanismen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nach. Ein Zustand, der mit den Menschenrechten nicht vereinbar ist. Er erforschte die gesetzmäßigen Zusammenhänge zwischen dem Wert eines Produktes und seinem dinglichen Gebrauchswert, der letztlich entscheidend für das menschliche Leben ist. Der Gebrauchswert sättigt, kleidet, wärmt, erfreut, schützt die Familien vor Unbilden u. s. w.

Der Finanzmarktkapitalismus ignoriert die Zusammenhänge von Wert und Gebrauchswert. In seiner Geldgier sieht er nur noch die Wertseite und greift zur Spekulation, Korruption und Monopol. Er scheut sich nicht, zur Erweiterung des Absatzmarktes, des sicheren Rohstoffbezugs und der Machtausdehnung auch den Krieg zu einer seiner Optionen zu erklären.

Die marxistische Wissenschaft begründete im Verlauf der Geschichte das Ideal einer zukünftigen humanen Gesellschaft als „Assoziation freier Individuen mit sozialer Gerechtigkeit und ökologisch verträglichem Verhalten, die ihre Konflikte friedlich löst und die Erhöhung der Lebensqualität aller Glieder einer soziokulturellen Einheit verwirklicht“, fasst der Philosoph Hans Heinz Holz zusammen. ⁴⁾

Das sozialistische Weltbild durchlief in seiner fast 500jährigen Entwicklung bis zur Gegenwart mehrere historische Phasen.

1.1 Erste Versuche zum Sozialismus im XX. Jahrhundert

Die ersten großen Schritte zur praktischen Erprobung des Sozialismus brachten bereits, wie lange erhofft, viele positive Effekte für die Mehrheit der Familien in Russland und den sozialistischen Ländern Europas. Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit, eine beinahe kostenfreie Gesundheitsbetreuung und Bildung, die Möglichkeit der sicheren Lebensplanung

schufen neue Lebensqualitäten. Die extreme Armut wurde überwunden. Die größte positive Veränderung aber lag in der Einführung der Philosophie des Friedens durch die sozialistischen Regierungen in der Weltpolitik. Die Kriege des 20. Jahrhundert bedrohten den Bestand der Menschheit. Parallel und mit Unterstützung des sozialistischen Lagers wurde das Kolonialsystem der Monarchien und der kapitalistischen Republiken Europas überwunden. Die erste große praktische Phase des Sozialismusversuches zeigte auch negative Faktoren. Der Wert der Demokratie wurde deutlicher. Die hohe Zentralisierung der Entscheidung über Einzelfragen, die Verletzung demokratischer Regeln, die Administration der gesellschaftlichen Prozesse durch eine diktatorische Partei verhinderten zunehmend positive Entwicklungen. Die Vermischung von Partei und Regierung erwies sich als schädlich für die Gesellschaft.

Interne Reformbestrebungen in der CSSR, der DDR (Neues Ökonomisches System/NÖS)⁵⁾ wurden von der Führung der KPdSU nicht akzeptiert. Die Perestroika (Umgestaltung) kam in der UdSSR zu spät oder sie wurde nur halbherzig betrieben.⁶⁾ China und Kuba gingen im Detail andere Wege in Richtung Sozialismus.

Nicht zu übersehen ist in der Analyse der Implosion, dass starke Kräfte von außen auf den Sozialismus des XX. Jahrhundert eingewirkt haben. Stichworte sind der Kalte Krieg, Maßnahmen des Kredit- und Technologieboykotts, Sanktionsmethoden, Diskreditierung. Dennoch, der menschliche Erfahrungsschatz für künftige Entwicklungen wurde reicher. Das kapitalistische Gesellschaftsmodell ist im Egoismus einer kleinen Schicht von Oligarchen und seiner Diener stecken geblieben. Nur 147 Konzerngebilde mit multiplen Verflechtungen untereinander und verbunden mit 20 Großbanken kontrollieren zum Zwecke der Profitmaximierung die globale Wirtschaftswelt, haben Forscher der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH), Zürich nachgewiesen. Der amerikanische Nobelpreisträger P. Krugmann⁷⁾ sieht die Ursachen im neoliberalen Konzept, dass das Finanzkapital in eine Sackgasse geführt hat. Der Kapitalismus wurde untauglich zur Förderung gemeinschaftlicher Interessen und es zerstörte mit seiner Wachstumssucht auf Dauer die natürliche Umwelt. Neue Wege zeigt der Sozialismus als Alternative.

1.2. Die Transformation, der Übergang in eine friedliche und gerechte Gesellschaft

**„Wenn es so bleibt, was ist,
seid Ihr verloren.
Euer Freund ist der Wandel.
Was Ihr habt, gebt auf.
Nehmt euch das,
was euch verweigert wird“** (Brecht 1936)

Das Großkapital der westlichen Hauptländer der „Großen 7“ vermochte es, mit einer willfährigen Parteiendemokratie, über jahrelange Staatsverschuldungen, durch hohe Akkumulationen auf Kosten der sozialen Ausgeglichenheit und durch die Nutzung der Ressourcen der 3. Welt ihr System zu entwickeln. Die Technologien der Wirtschaft konnten auf einen hohen Stand gebracht werden. Eine einkommensstarke Mittelschicht ist entstanden. Krisen und Kriege, Raubbau an der Natur waren stetige Begleiter. Die Geldgier der Großen wurde nie überwunden. Die Demokratie stand bei wichtigen Entscheidungen der Direktionsebene über betriebliche Auslagerungen oder den Verkauf von Betriebsteilen, über die Produktionsstruktur etc., die das Schicksal der Mitarbeiter betrafen, stets vor der Tür. Ähnliche undemokratische Verhältnisse waren im feudalen Absolutismus üblich. Zunehmend wurde negiert, dass die Wirtschaft eine gesellschaftliche Angelegenheit zwischen Kapital und Arbeit ist.

Nach weltweiten Dauerprotesten in Europa, in den USA sowie in den Mittelmeerländern und nach einer drohenden Gefahr von Staatsbankrotten, verbleibt für die Zukunft nur die

Philosophie des Gemeinsinns, der Demokratie, des Friedens, von Gerechtigkeit, Geist, Kultur und Vernunft als alleinige Alternative.

Folgerichtig versucht eine Mehrheit linksgerichteter Parteien und Bewegungen, trotz massiver Gegenwehr der alten Kräfte, die Parlamentswahl für sich entscheiden. Sie stützen sich auf ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Sozialverbänden, der Künstler, der unteren Kirche (Stichworte Misereor, Pfarrerinitiative, Befreiungstheologen). Frauenverbände und junge Wähler sind starke Pfeiler des Erfolges. Sie erwarten eine Zukunft in Geborgenheit und mit besseren Chancen für die Lebensplanung und für eine friedliche Welt. Alle waren sich einig: jetzt ist es genug. Verantwortungsvolle Medien werden mit ihren Möglichkeiten für eine Alternative votieren. Die vereinten Kräfte einer großen außerparlamentarischen Opposition werden schließlich für eine Wende sorgen.

Der modernen Variante der Fraternité und der Demokratie gehört die Zukunft!

In der nachfolgenden Vision wird die Transformation durch eine Abwahl vollzogen werden. Sie beschreibt überwiegend die Situation Deutschlands. Der entscheidende Wahllakt ergibt sich nach einer Bankrotterklärung verantwortlich handelnder Politiker, einer in Agonie befindlichen Regierung.

Umfangreiche Streikmaßnahmen mussten durchgeführt werden, um letztlich alle Versuche der kapitalistischen Machthaber abzuwehren, über eine Diktatur ihr alternativloses System zu erhalten. Griechenland, Italien und die EU gaben deutliche Signale des Abbaus der Demokratie.

Der Überlebenswille der neuen Kräfte ohne Krieg und Wirtschaftskrisen zu leben und die Forderungen einer Mehrheit hat sich schließlich in einer erfolgreichen Wahl durchgesetzt. Ohne konstruktive Empörung der Bevölkerung war der Wandel nicht zu erreichen. Die internationalen Auseinandersetzungen zwischen den Tycoonen des Dollars und des Euros, sowie die tiefe Dauerkrise haben den Machtwechsel befördert.

Das sozialistische Weltbild kann nunmehr gestaltet werden. Das Primat der letzten Entscheidung liegt grundgesetzlich und gesichert beim Volkssouverän. Die freiheitliche, demokratische Grundordnung kommt nunmehr allen Mitgliedern der Gesellschaft zu gute, nicht nur beim ungezügelteten Gebrauch des wirtschaftlichen Eigentums.

Die neue Gesellschaft jenseits des Kapitalismus steht vor der Herausforderung, dauerhaft die Lebenswünsche und Vorstellungen im Rahmen des bestehenden und eines wachsenden Produktivitätsniveaus zu bewältigen. Schrittweise wird der Naturhaushalt wieder in Ordnung gebracht werden. Die demokratische Wirtschaftsgestaltung und die Bewahrung der Natur bilden jetzt eine Einheit.

Die Grundansprüche an eine sozial ausgeglichene Gesellschaft sind bekannt und sie können in den Industrieländern erfüllt werden. Schwieriger die Aufgabe, die Länder der 3. Welt an ein höheres Lebensniveau heranzuführen. Alles muss unter wirtschaftlichen Bedingungen bewältigt werden, die die Natur im Gleichgewicht hält.

Der nachfolgende Versuch einer Beschreibung der postkapitalistischen Welt bleibt, wie alle Prognosen, ein Wagnis. Das erdachte neue Leben beruht auf dem Programmwurf der Partei Die Linke in Deutschland, sowie auf wissenschaftlichen Publikationen und öffentlichen Debatten der politischen Bewegungen auf allen Kontinenten der Welt. Der Versuch der Schilderung ist keine literarische Science Fiction Version. Er geht von realen Bedingungen aus.

2. Das Leben im Demokratischen Sozialismus im XXI. Jahrhundert

Phantasie und Platz reichen nicht aus, für die Beschreibung der neuen 1000 Dinge des Alltagslebens, auch nicht für die notwendigen Grundsatzregeln der neuen Demokratie. Die Hauptbereiche des gesellschaftlichen Lebens könnten so aussehen:

- Die Arbeitswelt schafft durch Vollbeschäftigung und eine gerechte Entlohnung die Voraussetzungen, mit eigener Kraft die Familien zu versorgen und sich Wünsche zu erfüllen. Die Kinderarmut, als Teil armer Familien ohne ausreichende Arbeitsmöglichkeiten, gehört der Vergangenheit an. Bitter war es früher, die kleinen Augen vor vollen Schaufenstern zu beobachten; voller Sehnsucht oder Hunger. Frauen und Männer haben nun die Möglichkeit ihre persönlichen Vorstellungen mit der Arbeitswelt in Einklang zu bringen. Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau für die gleiche Arbeit sind aufgehoben. Die im Kapitalismus erzwungene Senkung der Arbeitseinkommen wird in allen Bereichen gestoppt. Alle für die Gemeinschaft notwendigen Arbeiten werden entgeltlich ausgeführt, so in der gewerblichen Arbeit, der Verwaltung, im Bereich der Bildung, Gesundheit, Pflege, der Familie, der Erholung, Kultur, Sport u. v. m. Gesetze bestimmen Mindestlöhne. Ein automatisches generelles Grundeinkommen ohne Leistung hat keine Mehrheit erhalten.
Hohe Aufmerksamkeit und Förderung erhalten Tätigkeiten, die der Erhöhung der Produktivität im Interesse der Gemeinschaft und dem Schutz der Natur dienen. Die Anforderungen an die Arbeitsintensität sind auch im Postkapitalismus hoch, wie auch die berufliche Weiterbildung erwartet wird. Die Arbeitszeiten können in Relation mit der Produktivität und zu Gunsten der Vollbeschäftigung reduziert werden. Die Leiharbeit wurde gesetzlich verboten. Bedürftige Mitglieder der Gesellschaft werden unterstützt.
- Die Gewerkschaften sind Dank einer stabilen parlamentarischen Mehrheit mit umfassenden gesetzlichen Mitbestimmungsrechten ausgestattet. Das Recht auf Generalstreik ist nunmehr gesetzlich geregelt. In der Verfassung wird gleichzeitig ein politisches Streikrecht und das Recht auf landesweite Volksentscheide verankert. (Deutschland gehörte zu den letzten 3 Ländern Europas, die der Gewerkschaft solche Rechte bisher vorenthielten). Das neue Parlament hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, ob mit der neuen Verantwortung die Gewerkschaft im Parlament eine Vertretung haben sollte.

La Fraternité schafft im Sozialismus Räume für eine solidarische Aufteilung des notwendigen Arbeitsvolumens mit der Idee der Halbtagsgesellschaft. Eine Teilung lebenswichtiger Güter hat tiefe Wurzeln, die bis zu den christlichen Anfängen zurückreichen. Sie ist im Buddhismus und war in den Gemeindestatuten der Völker Lateinamerikas verankert. Prof. Stahmer hat 2011 eine „Halbtagsgesellschaft“ mit Arbeitswerten (und Ökosteuern) mit ersten Modellrechnungen auf der Grundlage aktueller statistischer Werte der Öffentlichkeit vorgestellt.⁸⁾

Nunmehr wird die Idee mit den betroffenen Vertretern aus Politik, Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Wissenschaft beraten und die Bedingungen ihrer möglichen Einführung sowie die Konsequenzen auf Vollbeschäftigung, Betriebsorganisation und Steuerhaushalt u. v. m. geprüft. Ihre mögliche Einführung wird mehrere Jahre erfordern.

- Im Arbeitsrecht gelten nunmehr für alle Tätigkeiten die gleichen Regeln. Unabhängig, ob es sich um Vorstandstätigkeiten oder einfache Arbeiten handelt, egal ob sie in der Wirtschaft, der staatlichen Verwaltung oder bei sonstigen Einrichtungen geleistet wird. Das betrifft Übergangsgelder, Abfindungen bei der Beendigung der Tätigkeit und Konsequenzen bei Verletzungen des gesellschaftlichen oder privaten Eigentums. Das Gesetzespaket von Hartz IV ist aufgehoben und die Würde vieler Betroffener ist wieder hergestellt.
Neue Systeme der Entlohnung nach Arbeitswerten und Zeitkontingenten gehören zu den längerfristigen Projekten im neuen Wirtschaftssystem.
Die Äquivalenz zwischen dem Arbeitswert und der Entlohnung, nach Abzug des Beitrages für die Gemeinschaftsaufgaben kann gerechter hergestellt werden.
Die Einkommen richten sich nach der Leistung des Einzelnen für die Gemeinschaft und nach dem Grad der Bildung, die die Gesellschaft finanziert hat. Die Einkommenshöhe korrespondiert mit Preisen der Grundversorgung und den Gütern des täglichen Bedarfs.
Änderungen der Preise und Tarife unterliegen einer öffentlichen Kontrolle.
Die Abschaffung weiterer Formen der Ausbeutung, die nicht unmittelbar mit der Arbeit verbunden sind, werden bereits in den Anfangsjahren der neuen Gesellschaft verändert werden. Dazu gehören Wucherzinsen, z.B. für „Dispokredite“, und die regelmäßigen Steigerungen der Wohnungsmieten und der Pachten.
Die Geißel der Angst vor der Arbeitslosigkeit ohne Alternativen ist verschwunden.
Eine Union aus Vertretern aller Teilgewerkschaften trägt in Abstimmung mit politischen Parteien und Bewegungen die Verantwortung für alle sozialen Belange der Beschäftigten im Bereich des Arbeitsprozesses.

Die Wohnwelt ist entspannt. Die Mieten stehen mit dem Einkommen in akzeptabler Relation. Gesetze haben dafür gesorgt, dass Wohnimmobilien nicht mehr Renditeobjekte sind. Die Miethöhe deckt die Kosten und die Aufwendungen für eine erweiterte Reproduktion der Wohnung. Der Trend geht zu Genossenschaftswohnungen und zum Wohneigentum, je nach Möglichkeit und Wunsch. Einfamilienhäuser mit Grundstück und Garten sind beliebt und durch eigene Leistung möglich. Diskutiert wird allerdings der Landverbrauch für Siedlungszwecke und Straßenbau, der der Nahrungsproduktion in weiterer Zukunft bebaubare Landflächen entzieht. Obdachlosenheime und Kältestuben gehören der Vergangenheit an. Auffällig ist das Straßenbild ohne Bettler, aber mit gut gekleideten Menschen. Die kommunale Mitbestimmung der Anwohner bei der Gestaltung des sozialen Umfeldes (Schulen, Kindergärten, Sportmöglichkeiten, kulturelle Zentren, medizinische Betreuung u. a.) trägt deutliche Früchte.

Kinderspielflächen und Kindertageseinrichtungen werden, wo es möglich ist, durch Kleinsportanlagen und Klubeinrichtungen ergänzt. Die Arbeit in Jugendklubs ist als Talentschmieden wesentlich umfangreicher möglich. Die örtlichen Schulen, kommunale Unternehmen und Wohngenossenschaften unterstützen das Jugendprogramm durch die Bereitstellung von Räumen. Universitäten, Institute und Theatereinrichtungen haben die Nachwuchsförderung zum Pflichtteil in ihren Statuten gemacht. Die Bildung der jungen Generation ist so gut aufgestellt.

Das Wohnumfeld ist zu einem Hauptbereich der partizipativen Mitbestimmung der Bevölkerung geworden. Das betrifft die Verwendung kommunaler Budgets und Investitionsfonds ebenso wie die tätige Mitwirkung in der Betreuungsarbeit (Kinder- und Zirkelarbeit, Rentner, Betreuung süchtiger Menschen u. v. m. Prof. Fleissner⁸⁾ Österreich, hat zu diesem Komplex mit seinem Projekt „Targeted Intelligenz Network“ (TINs)

wissenschaftliche Vorschläge unterbreitet. Praktische Erfahrungen aus Lateinamerika werden zu Rate gezogen.

Die Bemühungen der Bevölkerung die Natur zu schützen findet breite Zustimmung. Die Gemeinden und Wohnungseigner haben die organisatorischen Voraussetzungen verbessert, wie auch die Industrie die Recyclingfähigkeit ihrer Produkte erhöht und Landwirtschaft und Industrie dem Gewässerschutz höhere Beachtung schenkt. Die Normen werden eingehalten und kontrolliert.

- Bildung und Gesundheitsbetreuung ist nunmehr für die Familien weitgehend kostenfrei. Die Praxisgebühren sind aufgehoben. Eine Versicherung für das Rentenalter und gegen Schäden genießen alle Mitglieder Gemeinschaft. Die unterschiedliche Behandlung der Patienten nach der Privat- und Grundversicherung gehört der Vergangenheit an. Mit eigenen zusätzlichen Beiträgen können Sonderleistungen der Betreuung, nicht aber der Behandlung vereinbart werden. Der Trend zur Kommerzialisierung im Gesundheitswesen wurde gestoppt. Nicht das Geld, sondern der Patient ist Objekt des Gesundheitswesens. Alle Rechte der Patienten wurden neu geregelt. Generell verändert ist die Finanzausstattung der Krankenhäuser. Ärzte und Pflegepersonal haben jetzt geregelte Arbeitszeiten

Ein lebenslanges Lernen gehört zu den Grundbedürfnissen und Pflichten. Die notwendigen Voraussetzungen dazu schafft die Gemeinschaft. Vom Kindergarten an haben Bildung, Kultur und Sport einen hohen Stellenwert. Die neue Gesellschaft sieht sich in der Pflicht, die junge Generation zu kulturvollen und gesunden Gemeinschaftsmitgliedern zu entwickeln. Die Rahmenbedingungen werden schrittweise geschaffen. Die Zuständigkeiten der föderalen Kultusministerkonferenzen für die Bildungsinhalte wurden verändert. Die Achtung zur Arbeit und Pflicht werden als Garanten zum Erhalt eines guten Lebensniveaus anerkannt, wie auch Schul- und Lehrbücher die verfassungsmäßigen Ziele nach Frieden, Solidarität, Naturerhalt unterstützen. Die Medien und die Spielzeugindustrie begleiten die Bildungsziele mit ihren Möglichkeiten.

Nach einem Leben voller Arbeit und der Pflichterfüllung genießen die Pensionäre ihren Lebensabend. Neue Gesetzesregelungen haben das Eintrittsalter für die Regelrente wieder auf 65 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen festgelegt. Gleichzeitig wurden die Abschläge für den vorzeitigen Renteneintritt neu bestimmt. Wichtig war es für die Betroffenen, dass der Prozentanteil der Rente bezogen auf das letzte Nettogehalt ebenfalls wieder angehoben wurde. Die Gefahr einer Altersarmut ist gebannt.

- Vor den bürgerlichen Parteien steht die Aufgabe, einen Wandel in der Interpretation der Französischen Revolution von 1789 zu vollziehen. Sie akzeptieren nunmehr, dass unter dem Freiheitsbegriff von Rousseau, Voltaire u. a. die persönliche Meinungsfreiheit der Gemeinschaftsmitglieder gemeint war, nicht die Freiheit des Stärkeren zur Durchsetzung egoistischer Interessen oder der Zerstörung der Natur, wenn dies der Erhöhung der Aktienwerte dient. Die Gleichheit in einer echten Demokratie muss in allen Bereichen gegeben sein. Stichworte sind Arbeitsrechte, Strafgesetze, Privilegien. Alle bürgerlichen Republiken vermochten es bisher nicht, persönliche Freiheiten mit der Gleichheit als eine Einheit zusammenzubringen, meint Daniela Dahn, ehemalige Mitherausgeberin der Wochenzeitung „Freitag“. Echte Brüderlichkeit, die Solidarität zwischen den Gemeinschaftsmitgliedern ist ohnehin erst in der sozialistischen Phase der

Gesellschaft im praktischen Leben vollziehbar. Spenden und Almosen haben andere Motivationen.

Das Bürgertum akzeptiert heute, dass die Parteiendemokratie keine umfassende Demokratie gewährleisten kann. Der Präsident des EU Parlaments meinte am 14.2.2012 in der Tageszeitung Neues Deutschland: „Es widerspricht zutiefst den Zielen der bürgerlichen Revolution von 1789, dass sich die Demokratie den Marktzwängen anpassen habe (Marktkonformität), wie es bürgerliche Abgeordnete praktizieren. Richtig sei, dass der Markt den Regeln der Demokratie folgen müsse“.

Neu bestimmt ist für die Abgeordneten erstens die Rechenschaftspflicht sowie die Möglichkeit der Abberufung und zweitens das Verhältnis zwischen ihren Leistungen für die Gemeinschaft und den monatlichen Diäten. Ein neues Antikorruptionsgesetz verbietet generell die „Lobby“. Notwendige Beratungsleistungen und Vorschläge von zivilen Gruppen sind erwünscht, nicht aber Freiheiten für Monopolbildungen, Gewinn Spekulationen, Privilegien gesellschaftlicher Gruppen. Abgeordnete stellen sich vor ihrer Nominierung der Öffentlichkeit zur Wahl. Ihre persönlichen und fachlichen Kompetenzen unterliegen anerkannten Anforderungskriterien. Ihr Gewissen allein ist nicht mehr der grundlegende Entscheidungsfaktor. Fraktionszwänge sind aufgehoben. Entscheidend ist der Wählerwille, der einen gesetzlich festgelegten Mitwirkungsrahmen erhalten hat. Die Erhaltung des Friedens wird in der neuen Gesellschaft zur Handlungsmaxime erklärt.

- Viele Kopfschmerzen und nächtelange Beratungen verursachte die Umstellung der Wirtschaftswelt.

Die Transformation vollzog sich in Zeiten einer schweren Wirtschaft- und Systemkrise. Das Parlament und die neue Regierung mussten in kurzer Zeit als absoluten Schwerpunkt das wirtschaftliche Niveau wieder anheben. Davon hingen die Zahlen der Arbeitslosen und die Einnahmen des Staatshaushaltes unmittelbar ab. Die Kapitalflucht musste mit einer Notverordnung verhindert werden. Eine vernetzte Planung der Eckpfeiler der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Bedarfs und eine Schwerpunktverlagerung der Produktion z. B. der Umbau der Energieerzeugung, Erhöhung der Recyclingfähigkeit der Produkte, Nutzung der Reserven und Lagerbeständen war erforderlich. Notwendige Finanzmittel wurden auf der Grundlage neuer Gesetze umverteilt.

Die wirtschaftlichen Ziele bestehen nunmehr in der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung je nach Leistung. Die Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs an Rohstoffen, Zulieferungen etc. bei Gewährleistung der Reproduktionskraft der Wirtschaft auf erweiterter Grundlage ist gleichrangig. Das Abdriften der Wertentwicklung von der Gebrauchswertschaffung wurde gestoppt. Es sind die Gebrauchswerte, die das Leben lebenswert machen.

Die großen Banken, Versicherungen, ausgewählte Großbetriebe und Unternehmen der Daseinsvorsorge sind als öffentliche Körperschaften oder Stiftungen in den Besitz der Gemeinschaft per Gesetz überführt worden. Andere Bereiche befinden sich im genossenschaftlichen oder weiterhin im Privateigentum. Klein- und Mittelbetriebe, das Handwerk erfüllt unverändert seine Aufgaben für die Gemeinschaft.

Die Veränderung des produktiven privaten Eigentums ist kein Experiment der Neuzeit

In der Geschichte der Menschheit gab es nur in frühen Zeiten mit der Allmende einen einheitlichen Besitzstand der Gemeinschaft an produktivem Eigentum.⁹⁾

Alle späteren Ordnungen der Sklaverei, des Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus des 20. Jahrhunderts kannten gemischte Eigentumsformen.

Der Einzug der Demokratie in die Wirtschaft hat Fortschritte gemacht. Die Planung der betrieblichen Ziele beruht auf Vorschlägen der Mitarbeiter und anderer Beteiligter generell in allen Eigentumsformen. Das Problem bei der Herbeiführung eines Konsensus besteht beim Primat der letzten Entscheidung. Bei Genossenschaften gibt es klare Regelungen zur demokratischen Entscheidung.

Die Statuten und das Genossenschaftsgesetz sichern die Einhaltung der Demokratie, auch für die letzte Entscheidungsvollmacht.

In Wirtschaftsunternehmen, die mit privatem Kapital arbeiten, liegt das Entscheidungsprimat weiter in der Hand des Mehrheitseigners.

Die Neuzeit hat ein weiteres Ärgernis der Wirtschaft zurückgedrängt, das mit der Profitwirtschaft verbunden war: Die Lebensmittelunsicherheit. Die regelmäßigen Skandale, (Glykolweine, Dioxineier, Gammelfleisch, mit Antibiotika versetztes Fleisch, Etikettenschwindel u. v. m.) sind durch tabufreie Gesetze und Kontrollen zurückgegangen. Das Verbraucherschutzministerium kommt seinen originären Pflichten nach.

Der abnehmende Konkurrenzdruck hat zur Verbesserung der Selbstkontrolle durch die Unternehmensleitungen beigetragen.

Die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk haben unter den neuen Verhältnissen mit planbaren Aufgaben an Sicherheit und Stabilität gewonnen.

Die Anzahl der Insolvenzen, die in früheren Zeiten durchschnittlich 30 Tausend pro Jahr in Deutschland ausmachten, ist deutlich reduziert.

Die neue Regierung und das Parlament verfolgen die feste Absicht, einer Wirtschaft ohne Anarchie des Marktes zum Erfolg zu verhelfen. Die Hauptbereiche der Volkswirtschaft werden auf der Grundlage einer vernetzten Planung und demokratischer Zielbestimmung entwickelt.

Eine Herausforderung im „Giga“-Maßstab war die Inangriffnahme der Reduzierung der Staatsverschuldung bei gleichzeitiger Sicherung der allgemeinen Zahlungsfähigkeit des Staates und der Wirtschaft. Die Verschuldungssituation kapitalistischer Staaten hatte ihre Ursache im Kalten Krieg. Die Konfrontationspolitik gegenüber dem sozialistischen Lager (Soziale Marktwirtschaft) und die Rüstung der NATO erforderte hohe Beträge im Billionenbereich in den USA.

Die Gelder konnten nur über Kredite beschafft werden. 2008 verschärfte sich die Staatsverschuldung durch die Bankenrettung. Die Kredite wurden à Konto künftiger Steuereinnahmen via Staatshaushalt gesichert. Im Jahr 2011 standen in Deutschland Gesamtschulden von rd. 2,1 Billionen Euro zu Buche. Die Schulden der USA summierten sich auf rund 15 Billionen US \$.

Die Normalisierung der Kreditsituation wird noch Jahre in Anspruch nehmen.

Ein wahrhaft „Gordischer Knoten“, der mit den alten Gesetzen nicht gelöst werden konnte. Mithilfe der beim Machtwechsel gewonnenen 2/3 Mehrheit im Parlament waren prinzipielle Gesetzesänderungen möglich:

- Ein langfristiges Moratorium der neuen Regierung stoppte zunächst die Zahlung der Tilgungsraten und der Zinsen.
Ein berechtigter Schuldenschnitt reduzierte die Schuldsomme.

Die Rechtmäßigkeit der Forderungen an den Staatshaushalt (Monopolabsprachen, überhöhte Preise, Korruption) wird von einem Untersuchungsausschuss des Parlaments geprüft.

Ein Teil der Schulden wird nach dem Muster der Badbank aus dem laufenden Staatshaushalt ausgelagert.

- Die verfügbaren Konten von Gläubigern, die die Gesetze nicht anerkennen, wurden gesperrt. Sie können gerichtlich verhandelt werden.
- Ausgaben des Staatshaushaltes für Zwecke, die für die Gemeinschaft nicht unmittelbar dienlich waren, werden reduziert z. B. Rüstungsausgaben. Ausgewählte Ämter und vom Haushalt finanzierte Institute konnten ersatzlos geschlossen werden.
- Erhöhung der Vermögenssteuer, Einführung einer „Reichensteuer“, die Neuregelung der Erbschaftssteuer bei Beachtung sozialer Aspekte und der Einkommenslage des Mittelstandes. Die Einbeziehung der Börsengeschäfte in das System der Umsatzsteuer (Finanztransaktionssteuer) wird beachtlich die Staatseinnahmen erhöhen.
- Bestimmte Geldgeschäfte wurden gesetzlich verboten. Dazu gehörten: Hedge Fonds, Börsenspekulationen auf Lebensmittel (Futures), Leerverkäufe, Credit Default Swaps (CDS), Private Equity, Collateralized Debt Obligations.
- Bankkontrollgesetze wurden wesentlich verschärft.
 - Mit der Änderung des deutschen Bundesbankgesetzes und durch noch nicht abgeschlossene EU-Verhandlungen zum „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (Abschnitt EZB) soll die Autonomie der Bundesbank aufgehoben und den Weisungsbefugnissen der Bundesregierung und der Kontrolle des Bundestages unterstellt werden. Gründe: Die Bundesbank und die Europäische Zentralbank (EZB) mutierten bis 2012 zu Geldvermehrungsmaschinen zu Gunsten internationaler Großbanken. Sie haben die Ansprüche der Realwirtschaft und des Steuerzahlers ignoriert und dienen den egoistischen Interessen einer Machtallianz. Direktbeziehungen zwischen Regierung (Staatshaushalt) und Zentralbank z.B. für Kreditaufnahmen zur Bedienung der Staatsschulden waren im alten Bundesbankgesetz untersagt. In kapitalistischer Zeit galt (vereinfachtes Schema): Bundesbank vergab an private Großbanken Kredite zum Niedrigzins und die gaben das Geld an den Staatshaushalt zur Tilgung und Zinszahlung seiner fälligen Schuldkredite mit höheren Zinssätzen (bis 18 %) weiter. Beispiel: Im Dezember 2011 wurden Kredite an Großbanken über 489 Milliarden € und im Februar 2012 über 529,5 Milliarden € zu 1 % an Großbanken vergeben. Notleidende Länder, wie Italien, Portugal u.a. mussten 5 bis 8 % zahlen. Die anderen Aufgaben der Bundesbank sollten erhalten bleiben, so die Kreditversorgung der Realwirtschaft, die Geldmengenkontrolle, Währungsfragen, antiinflationäre Aufgaben.
 - Zu den wichtigen Gesetzesmaßnahmen gehörten schließlich das Verbot des privaten Vermögenstransfers ab einer bestimmten Höhe und ohne plausiblen Grund ins Ausland (Fluchtgelder). In Verhandlung mit anderen Ländern befinden sich Vereinbarungen zu Verhinderung der Steuerflucht. Als Problempunkte erwiesen sich Fragen der Staatsangehörigkeit in der globalen Wirtschaftswelt, des Arbeitsortes und der unterschiedlichen Steuersätze.

Mit diesem Bündel verschiedener Gesetze und Maßnahmen wird die Staatsverschuldung schrittweise auf ein normales Maß zurück gebracht. Die Finanzkreisläufe erhalten wieder ihr Gleichgewicht. Einige Banken mit ungenügenden Rücklagen und faulen „Wertpapieren“ haben ihren Bankrott erklärt. Hier hat der Einlagensicherungsfonds für die Kleinsparer und kleinen Aktienbesitzer einen Ausgleich geschaffen. Für alle öffentlichen Bereiche der

Volkswirtschaft und der Regierungsverwaltung wurde eine hohe Sparmoral zur Pflicht erklärt. Die frühere Sonderbehandlung des Rüstungs- und Überwachungshaushaltes durch die Abgeordneten wurde aufgehoben. Eine Beschlussempfehlung der UNO zur weltweiten Senkung der Rüstungsausgaben erleichtert die Sparpolitik.

Die Transformation des systemrelevanten privaten produktiven Eigentums war nicht ohne Streit möglich gewesen, obwohl der Kapitalismus Einschränkung des Eigentums kennt (Entwertung in Krisen, Senkung der Aktienwerte, gesetzliche Bestimmungen, Konkurse, Entwertung der Arbeitskraft).

Das vor der Transformation geltende deutsche Grundgesetz bot mit dem Artikel 15 das Recht, Eigentum in die Gemeinschaft zu überführen. Der juristische Vollzug der Überführung in das Gemeineigentum allein reicht jedoch nicht aus. Das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft musste erhalten bleiben und gestaltet werden. Dem entsprechend waren die Besteuerungs- und Kreditsysteme, die zeitweiligen Subventionen, Systeme der Geldansammlung (Sparkassen, Banken, Versicherungen) neu zu bestimmen.

Eine Wandlung erfuhr auch das Vergabesystem für Einkäufe der öffentlichen Hand.

Wie von der NGO Transparency International (TI) seit langem gefordert, regelt ein neues Antikorruptionsgesetz das Sponsoring, das Lobbying und die Finanzierung der politischen Parteien. Das Gesetz beinhaltet gleichfalls einen Verhaltenskodex für die Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft. Es regelt alle Fragen der Annahme von Geschenken und Einladungen etc.

Die demokratische Kontrolle zeigt bereits ihre Wirkung.

Lenkungsinstrument für die großen Wirtschaftsbereiche ist nicht mehr der Markt mit seinen Risiken allein. Seine Funktion als Ort des Wettbewerbs hat er behalten. Die Konkurrenz, der Wettbewerb wird um die beste Qualität (Gebrauchswert), den geringsten Energieeinsatz geführt und um die besten Noten beim Naturerhalt. Es geht nicht mehr nur um den besten Preis. Die Entwicklung der Volkswirtschaft vollzieht sich nunmehr auf der Grundlage eines demokratisch erarbeiteten und demokratisch entschiedenen Planes. Der materiell und finanziell vernetzte Plan ist für die Bereiche, die im Gemeinschaftseigentum stehen, verbindlich. Die Bereiche der Privatwirtschaft, der Genossenschaften und Einrichtungen der solidarischen Ökonomie planen ihre Entwicklung nach eigenen Kriterien und auf der Grundlage gesetzlich geregelter Ressourcenverbrauchsnormen und des Steuerhaushaltes. Ein allgemeines langfristiges Orientierungsprogramm der Regierung gibt den Entwicklungsrahmen vor. Die Volkswirtschaft richtet sich zur Deckung der Bedürfnisse nach diesem langfristigen Staatsprogramm. Kybernetisch-mathematische Berechnungen und wirtschaftliche Modellvarianten ermöglichten die Ausarbeitung eines finanziell und materiell vernetzten langfristigen Programms mit Gesetzeskraft. Es ist mit den Vertretern aller Bereiche und mit den Gewerkschaften abgestimmt. Die gesetzlichen Normen zum Schutz der Natur und für den Stoffkreislauf in der Wirtschaft (Recycling) sind für alle verbindlich festgelegt. Sie korrespondieren mit globalen Anregungen der UNO.

Die Entwicklungen von Neuheiten (Produkt, Technologie, Verfahren, Energie Sparprogramme) genießen Förderbedingungen mit zeitlicher Begrenzung. Es herrscht für die Wirtschaft das in der Verfassung festgelegte Handlungsprinzip: „Gemeinsinn geht vor Eigensinn“. Das System bedeutet auch, dass alle Gewinne, nach Berücksichtigung der Erfordernisse der Reproduktion (Rücklagen), aller Kosten, der Risikoversorge etc. im jeweiligen Bereich über den Weg der Besteuerung sozialisiert werden.

Zielstellungen zu großen wirtschaftlichen, kommunalen und gesellschaftlichen Fragen erfolgen demokratisch unter Einbeziehung der Betroffenen. Die Regierung und ihre nachstehenden Einrichtungen haben die gesetzliche Pflicht, größere Investitionsprojekte vor der Entscheidung mit den Betroffenen abzustimmen. Das Wissensmonopol der Regierung ist

aufgehoben. Die Daten stehen der Gemeinschaft zur demokratischen Teilhabe via Internet zur Verfügung.

Im internationalen Wirtschaftsaustausch werden vorhandene Ungleichgewichte über Regierungsabkommen ausgeglichen. Jedes Land nutzt seine Vorteile und beachtet die gegenseitigen Interessenslagen auf gleichberechtigter Grundlage.

- Wissenschaft und Forschung haben in der neuen Gesellschaft einen hervorgehobenen Platz. Es gilt, die menschliche Zukunft zu sichern und die Natur dauerhaft im Gleichgewicht zu halten. Die Entwicklung sieht sich von endlichen Naturressourcen beschränkt und sie ist der multipolaren Welt verpflichtet.

Die postkapitalistische Regierung stellt ausreichende Fonds und Kapazitäten für das Hochschulwesen zur Verfügung. Eine 2005 aus politischen Motiven novellierte ungerechte Besoldungsregelung für Hochschulprofessoren wurde wieder geändert. Sie haben an Planungssicherheit für ihre Arbeit und für ihr Leben gewonnen. Die Forschungsthemen sind verstärkt auf die Erkennbarkeit objektiver Gesetze der Natur, der Wirtschaft (z. B. multiple Wechselwirkungen zwischen Produktion und Bedarf, Vernetzung der Pläne, Zusammenhänge zwischen Wert und Gebrauchswert) und der Gesellschaft gerichtet. Die soziale Verantwortung der Wissenschaftler ist geboten. Sozialwissenschaften erhalten einen neuen Stellenwert. Schließlich hängt die Entwicklung der Gemeinschaft von der Mitwirkung des Einzelnen, vom Gemeinsinn, Egoismus, Bewusstsein etc. ab.

Die Themen befassen sich weiter mit der Friedenssicherung, umweltschonender Produktions- und Verbrauchsverfahren.

Im Forschungskatalog steht weiter die langfristige Energiesicherung, die Bekämpfung schwerer Krankheiten, die Vorhersage von Naturkatastrophen und Mechanismen zur Bewältigung von Katastrophenfolgen.

Die Systeme der Messung der gesellschaftlichen und der wirtschaftlichen Leistungen und zugehöriger Definitionen (Entlohnung, BIP, GINI Index u.v.a.) befinden sich in einer Umstellung.

Der Charakter der neuen nachkapitalistischen Gesellschaft kann als wissenschaftlicher demokratischer Sozialismus beschrieben werden. Das wird von einer Internationalen Forschungsgemeinschaft der Politischen Ökonomie (IFPÖ) unter Federführung von Prof. Dr. Dieterich wissenschaftlich begründet.⁸⁾

- Der jungen Generation gehört die Zukunft im Sozialismus im XXI. Jahrhundert. Sie erhält eine bedeutende Verbesserung ihrer Lebenssituation und -planung. Dazu gehören ein annähernd kostenfreies Studium und die Sicherheit eines Arbeitsplatzes nach der Ausbildung oder dem Studium. Der Eintritt ins Erwerbsleben erfolgt ohne persönliche Schuldenlast aus den früheren BAFÖG-Verpflichtungen. Ihre persönliche Freiheit und Gestaltung des individuellen Weges garantieren eine neue Lebensqualität. Die Geißeln einer kaum planbaren Zukunft und der Arbeitslosigkeit gehören der Vergangenheit an. Ein breites Feld zur Forschung steht der jungen Generation zur freien Verfügung.

Vielfältige Arbeitsgemeinschaften und Klubeinrichtungen erleichtern die Vorbereitung ins Berufsleben. Gute Arbeitschancen und bessere Zukunftsaussichten reduzieren Spannungen in den Familien und zwischen den Generationen.

Der Griff zu Alkohol und Droge hat deutlich abgenommen.

Ein ehrenamtlicher Beirat aus Vertretern des Bildungswesens, der Kultur, des Sports, der Gewerkschaften beraten die verantwortlichen Behörden bei der Ausarbeitung eines langfristigen Jugendprogramms. Der Beirat hat Vorschlags- und Vetorechte bei

der Bestimmung finanzieller Haushaltsmittel.

- Eine Sorge gilt der Produktivitätsentwicklung in der Wirtschaft. Sie wurde rückblickend von einer unternehmerfreundlichen Argumentation mit der Aussage genährt, dass nur das Kapital und der Profit die Triebfedern für wirtschaftliche Effizienz und Entwicklung sein könne. Über 300 Jahre bis zur Gegenwart wurde der Profitmechanismus als Entwicklungsmotor der Menschheit angesehen. Der Kapitaleinsatz stand in der öffentlichen Diskussion im Vordergrund, ohne andere Triebkräfte in ihrer Gesamtheit zu benennen. Negative Begleiterscheinungen der privat geführten Marktwirtschaft, wie die Wertezerstörung in Krisen und Kriegen, die stetige Erhöhung der Ausbeutung, die Zerstörungen der Natur im Interesse des Profits wurden von den Verteidigern der alten Ordnung nicht auf die Waagschale gelegt.

Aus der Sorgendebatte wurde ausgeblendet, dass 4000 bis 5000 Jahre lang arbeitende Menschen weit vor Beginn des kapitalistischen Wirtschaftsmodells bereits die Produktivität mit Faktoren erhöht haben, die alle noch in der Gegenwart präsent sind. Europäer bewundern noch heute die Leistungen der Ägypter, Griechen, Chinesen, Inder, Perser und der Völker Lateinamerikas. Sie können selbst stolz auf ihre Wirtschafts- und Kulturleistungen in den vergangenen Jahrhunderten sein.

Ihre Triebfedern waren seit Jahrhunderten:

- Die Gemeinschaftsarbeit
- Die Verantwortung durch Arbeit, den Lebensunterhalt zu sichern
- Der allgemeine Arbeitswille und die Effekte der Arbeitsteilung
- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Der Forscherdrang, der z. B. in der Renaissance, in den Etappen der industriellen Revolution und bis heute große Entwicklungsschübe auslöste.
- Die Schaffensfreiheit der Wissenschaftler zum Nutzen der Gemeinschaft
- Der zwischenmenschliche Wettbewerb
- Die öffentliche Anerkennung der Leistungen Einzelner
- Die Nutzung der Erfahrungen der Senioren
- Die Bildung und ständige Weiterbildung

Der Anteil des privaten Anteilseigners zur Produktivitätsentwicklung lag in der Großindustrie, von Ausnahmen abgesehen, in der Entscheidung, Neuerungen einzuführen und risikofrei das notwendige Kapital bereit zu stellen. Ihre angestellten Führungskräfte aus den Vorstandsetagen fügten die Managementenerfahrungen und ihr Fachwissen um das allgemeine Produktniveau hinzu.

Der Weg des Fortschritts lief über die Vorstandsetagen der Unternehmen.

Die Entscheidungen trafen die Anteilseigner, die die Kapitalmehrheit besaßen. Ihr wichtigster Maßstab war der Vergleich zwischen eingesetztem Kapital und dem kalkulierten Erlös, weniger aus der Verbesserung des Gebrauchswertes der Güter.

Wagemut in der Sache hatten nur die Erfinder, die Konstrukteure, die Forscher etc.

Das Kapital scheut vor Risiken. Das oft kolportierte Gleichnis Profit

gleich produktiver Fortschritt ist ein Fetisch aus dem Bereich der Ideologie.

Bei den Klein- und Mittelständischen Unternehmen und im Handwerk sind die Bedingungen zur Effektivitätsentwicklung einfacher strukturiert.

Effektivitätsfortschritte sind auch in der postkapitalistischen Produktionsweise eine Grundvoraussetzung für den nachhaltigen Fortschritt. Sie stehen als Prämisse im Mittelpunkt der Wirtschaftsleitungen aller Ebenen. Mit der Kombination aller Triebkräfte und der staatliche Planung der Hauptprozesse der

Volkswirtschaft werden Produktivitätsfortschritte generiert. Die Verantwortlichen der Gemeinschaftsunternehmen stehen in der arbeitsvertraglichen Pflicht, Produkte in der notwendigen Menge und Qualität, mit geringstem Energie- und Rohstoffverbrauch und menschlichem Aufwand kostengünstig herzustellen.

Die Messung der Produktivität nutzt heute betriebswirtschaftliche Systeme, die auf Kenntnisse der frühkapitalistischen Epoche zurückgehen. Die Systeme wurden über rund 400 Jahre weiterentwickelt und auch in der DDR angewendet. Sie stehen als Instrumente auch in der postkapitalistischen Zeit zur Verfügung. Es geht z. B. um die Kostenrechnungen, Deckungsbeitragsbetrachtungen und das Controlling.

Der moderne Stand der elektronischen Datenverarbeitung und -Übertragung erleichtern nunmehr die Berechnungen. Wissenschaftler erforschen mit Modellversuchen gegenwärtig Meßsysteme der Produktivität, die die Elemente des Gebrauchswertes und des Naturverbrauches einbeziehen.

Weitere Argumentationshilfen pro sozialistischem Modell: Bereits im frühen 19. Jahrhundert führte die Bildung von Aktiengesellschaften, GmbHs und von Konzernen zur Trennung von Kapitaleignern und Unternehmensführung über angestellte Vorstände. Beim Mittelstand und im Handwerk ist die Einheit noch vorhanden. Wirtschaftsunternehmen der Gemeinschaft werden auch von Vorständen geleitet. Es gibt keinen Zweifel: Wirtschaftlichkeit und soziale Verantwortung sind als Ziele vereinbar.

Ein Faktor bedarf jedoch ständiger Veränderungen: Staatlich geführte Unternehmen benötigen mehr Entscheidungs- und Kontrollstufen, d.h. mehr Zeit und Formalien für die Einführung neuer Verfahren oder für die Beschaffung zusätzlicher Investitionsmittel. Das wurde erkannt. Organisationswissenschaftler führen Modellversuche zur Verbesserung durch.

- In allen Bundesländern wird in der Neuzeit ein Wettbewerb durchgeführt, um deutschlandweit das beste Konzept des sozialökologischen Umbaus zu ermitteln. Es geht um Varianten zur Herstellung der günstigsten Übereinstimmung zwischen einem angemessenen Sozialniveau, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und der Einsparung von Energie und Verbrauch an Naturressourcen. Am Wettbewerb beteiligt sind die Wirtschaftsverbände (s. Artikel 14 des Grundgesetzes mit der Pflicht, der Allgemeinheit zu dienen), die Politik, die Umweltverbände, wissenschaftliche Institute und die Gewerkschaften. Es handelt sich um den dritten großen bundesweiten Wettbewerb unter Einbeziehung betroffener Gesellschaftsgruppen. Das Thema des ersten Landeswettbewerbs befasste sich mit der Schaffung von gesetzlichen Regelungen zu den Informationspflichten der staatlichen Bauherren bei Vorbereitung großer Investitionen der öffentlichen Infrastruktur und der Beteiligungsrechte der betroffenen Bürger. Der Protestaktionen zu „Stuttgart 21“, zum Atommüll-Zwischenlager Gorleben, zur Startbahn West in Frankfurt am Main oder beim Flugplatzbau Berlin-Schönefeld u. a. Projekte waren Anlass für die Regierung, Lösungen zu suchen. Die kommunale Beteiligung als wichtige Form der Partizipation wurde mit diesem Wettbewerbsprojekt gestärkt. Im zweiten Landeswettbewerb sollten die besten Verkehrslösungen in den Ballungsräumen der „Ruhr“, „Berlin“, „Frankfurt/M.“, „Hamburg“ u. a. gefunden werden. Es ging um das Verhältnis zwischen Individualverkehr und den öffentlichen Personen-Nahverkehr, um Gütertransportvarianten, um die jeweilige Umweltbelastung, um die Kosten der Varianten, die aus Steuermitteln gedeckt werden. Standortfragen für die Industrie und großer Einkaufszentren in Stadtgebieten und die Bewahrung bebaubaren Ackerbodens waren Gegenstände des Wettbewerbs.

Die jeweils thematisch angelegten Landeswettbewerbe lösen die früheren Jahresgutachten der „Fünf Wirtschaftsweisen“ ab, die hoch dotiert aber keine echten Entwicklungsfunktionen hatten. Die Finanzmittel der „Wirtschaftsweisen“ wurden in Prämien für den Wettbewerb umgewandelt.

- Die Medien/Werbung haben im Wirtschaftsbereich neue Schwerpunkte erhalten. Die kommerzielle Werbung konzentriert sich auf die Darstellung des Gebrauchswertes der Erzeugnisse, nicht um den Kaufrausch zu fördern. Die durch gesetzliche Regelungen geschaffene Änderung brachte eine spürbare Entlastung des Papierverbrauchs. Unsere Briefkästen sind nicht mehr mit unsinnigen, nicht gewünschten Werbepapieren verstopft. Die Straßen und Städte sind sauberer geworden.

Die Kultur, Wissensvermittlung, Sport, Freizeit, Erfahrungsaustausch und die Einhaltung der Demokratie und des Umweltschutzes stehen im Vordergrund der Medien, wie auch der Abbau der Bürokratie, die Aufdeckung von Korruptionsfällen, die kommunalen Angelegenheiten. Die Mode und das kulturelle Leben sind Themen. Unvermindert braucht die Gemeinschaft die mediale Begleitung und Kontrolle der Regierungsorgane, der Kommunen, der Parlamentsarbeit, der Justiz, des Agierens der Parteien und die Einhaltung der Gesetze.

Die Medien stehen im Dienst der Gemeinschaft, sie sind nicht mehr ausschließlich Interessensvertreter der Privatwirtschaft und der Politik. Die Förderung des inneren und äußeren Friedens gehört zu ihren vornehmsten Aufgaben.

Das Zeitalter des Internets hat für den Informationsaustausch seinen Platz eingenommen. Blogs, Facebooks, Twitter erleichtern die Partizipation in allen Bereichen.

- Ein weiteres Feld großer politischer Auseinandersetzungen betraf die Ausgestaltung der neuen Verfassung des Sozialismus im XXI. Jahrhundert. Bewährte Regeln wurden für die sozialistische Gesellschaft beibehalten, andere für die Demokratie und für Gemeinschaft nützliche neu aufgenommen. So Elemente der direkten Demokratie, Einschränkung der Parteienkartelle. Auf dem Prüfstand stehen die Besetzung der öffentlichen Ämter und die Privilegien des hohen Verwaltungspersonals in Einrichtungen der Gemeinschaft. Die Hürden bestanden vor allem in der Herbeiführung eines Konsens zur Bestimmung der Grundwerte der Gesellschaft, der Ausgestaltung der Demokratie, der Festlegung der Rechte und Pflichten der Abgeordneten und des Wahlrechtes. Der Grundsatz, dass alle Macht vom Volke ausgehen soll, durfte möglichst keine Ausschlussregeln vorsehen. Die Teilnahme an Wahlen wurde zu einer grundgesetzlichen Bürgerpflicht erklärt. Die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz und dem Gericht wurde mit der Gleichheit der Gesetze für die gleichen Umstände erweitert. Andere Streitpunkte lagen bei der Festlegung der individuellen Freiheitsrechte der Bürger, der Wissenschaftler und der Besitzer von wirtschaftlichem Eigentum, wie auch bei der juristischen Fixierung der Gleichstellung, im Arbeitsrecht (Ministerpräsidenten, Vorstände, Beamte, Angestellte), in der Strafverfolgung, im Verwaltungsrecht gegenüber den Bürgern. Die Verfassung ist überwiegend ein direkt wirkendes Recht geworden. Sie enthält nunmehr alle von der UNO formulierten Menschenrechte, Empfehlungen im Bereich der Ökologie und der Friedenssicherung. Schritte, die andere Länder, z. B. Bolivien, Venezuela bereits vollzogen haben.

Die Gewaltenteilung zwischen der Regierung, dem Parlament und der Justiz wurde neu geordnet. Die Demokratie als übergeordnetes Prinzip der modernen Gesellschaft gilt für alle Bereiche der Gesellschaft, nicht für Sonderinteressen der Wirtschaft oder anderer Gruppen.

Anmerkenswert ist eine vergleichende Betrachtung aus der Wendegeschichte der früheren DDR: Nach dem Macht- und Systemwechsel 1990 wurde in den neuen Bundesländer über 20 Jahre von einer Gruppe, die mit der neuen westlichen Macht verbunden war, und mit medialer Unterstützung eine Politik der Unversöhnlichkeit bis zum Hass betrieben. Eine solche Hartnäckigkeit konnte aus der Faktenlage heraus und nach einer juristischen Aufarbeitung nicht hergeleitet werden.

Nach dem erfolgten Machtwechsel hin zur nachkapitalistische Gesellschaft wurde die Toleranz und Versöhnung mit dem einstigen politischen Gegenpart gewahrt. Es gilt das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und der Toleranz mit den Andersdenkenden. Beides wurden stabilisierende Elemente in der postkapitalistischen Gesellschaft.

Der Sozialstaat ist auf gutem Weg. Der unheilvolle Einfluss des Kapitals wurde gebremst, und die Regierung betreibt eine aktive Politik zum Erhalt des Friedens.

3. Zurück zur Gegenwart

Achtung! „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ schrieb Brecht 1941 im Prolog seines Theaterstückes „Der Aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“.

Die Transformation, der Systemwechsel wurde vom Autor im vorangegangenen Abschnitt als Folge einer Abwahl der alten Machthaber als Variante gewählt.

Wenn auch in einem anderen Kontext, bietet die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) eine andere an: „Als vorstellbares Szenario ohne massive Gewaltanwendung bleibt, dass weite Teile der politischen und administrativen Strukturen, ab einem bestimmten Zeitpunkt der Regierung die Gefolgschaft verweigern und so seine Abdankung erzwingen“. ¹¹⁾ Die SWP berät auf Bezahlbasis die Bundesregierung und den Bundestag!

Mit Spannung kann die Resonanz der Bevölkerung bei kommenden realen Wahlen und die praktischen Schritte der Partei Die Linke zur Verwirklichung ihres Programms ¹²⁾ erwartet werden. Der praktische Vollzug wird Antwort geben, ob der Programmrahmen in Erfurt richtig abgesteckt wurde.

Den Versprechungen der SPD kann seit dem Kniefall von 1914, nach vielen Parlamentsentscheidungen zu Gunsten des Kapitalismus und zuletzt seit Gerhard Schröders Agenda 2010 kein Vertrauen geschenkt werden.

Entgegen aller Beteuerungen, Hüter der Demokratie zu sein, verweigern die 5 bürgerlichen Parteien, die 2012 im Bundestag vertreten sind, sachliche Debatten auf öffentlichen oder auf wissenschaftlichen Foren um die ausgewogene Zukunft Deutschlands.

Die Übernahme des Erbes beim Machtwechsel wird sich im Umfeld einer tiefen Krise in der globalisierten Wirtschaftswelt vollziehen. Das bedeutet Arbeitslosigkeit in Produktionsbetrieben, im Handel, bei Dienstleistungsunternehmen, in Regierungs- und Gemeindeämtern. Der Warenabsatz und die Exporte stagnieren. Ein chaotischer Binnenmarkt muss wieder geordnet werden. Die Einnahmen des Staatshaushaltes gehen dramatisch zurück, mit negativen Folgen für das Bildungswesen, der Kultur und anderer vom Staatshaushalt finanzierten Einrichtungen.

Die neuen Führungskräfte der Politik und der Bewegungen müssen auf Krisen-Szenarien vorbereitet sein, um die Visionen (Punkt 2 oder ähnlich) nach einer Übergangsphase Wirklichkeit werden zu lassen. Die Wirtschaft ist das Hauptfeld der Entwicklung des Sozialismus im XXI. Jahrhundert.

Die Übergangszeit hat viele grundsätzliche Aufgaben zu lösen. Alle Quellen der Einnahmen für den Staatshaushalt müssen grundsätzlich überprüft werden. Das soziale Netz, der wirtschaftliche Fortschritt, Wissenschaft, Kultur und Sport und die staatliche Verwaltung, die Sicherheit benötigen angemessene finanzielle Mittel.

Es bleiben offene Fragen für die Gestaltung der gesellschaftlichen Praxis. Die neue Gesellschaft schwebt nicht in ihrer vollendeten Form als „deus ex machina“ herab. Streitpotentiale zwischen Wissenschaftlern und Politikern bieten die Fragen des Wirtschaftswachstums, die Eckpunkte des sozial-ökologischen Umbaus, Vollbeschäftigung, das System der Besteuerung, die Liquidität des Staatshaushaltes, die Überwindung der Gier zur Geldanhäufung, der Rechte und Pflichten der Bürger. Dauerfragen sind weiter das Herangehen und die Interessenslagen bei der wirtschaftlichen Zielbestimmung im Rahmen der staatlichen Rahmenplanung und ihre verbindliche Ausgestaltung. Schlüsselaufgabe, von der vieles abhängt, wird die Aufrechterhaltung der Realwirtschaft sein.

Auf dem internationalen Parkett sind die großen Ungleichgewichte zu verhandeln. So das Weltwährungssystem, die Stärkung der UNO mit ihren friedenssichernden Elementen, die Anerkennung der Asymmetrien zur 3. Welt aus den Kolonialzeiten, die Zurückdrängung der Rohstoffkartelle und der Spekulation mit Lebensmitteln und vieles mehr.

Diskussionsbedarf besteht um das Bewahren zivilisatorischer Errungenschaften früherer Gesellschaftsepochen im Hegelschen Sinne¹³⁾. Es muss entschieden werden, welche Instrumentarien und Erkenntnisse übernommen werden können, z.B. gesellschaftliche Vertretungsformen (Parteien, Abgeordnete, politische Bewegungen), Wahlsysteme, Besteuerungssysteme, Meldepflichten an die Regierungsstellen. Gesetzeswerke, betriebswirtschaftliche Regeln.

Alle „ewigen“ Wahrheiten des Kapitalismus und des Sozialismus sind auf dem Prüfstein der neuen Realitäten zu stellen. Ewige Wahrheiten kennt nur die Natur und die Mathematik, Physik, Biologie, auf Gebieten, wo Wissenschaftler von Archimedes bis Darwin, Newton, Einstein u.v.m. Naturgesetze erkannt haben. Sie haben für das praktische Leben Messinstrumente für die Zeit (Lichtjahr), die Länge (Urmeter), der Äquivalenz der Energieformen (Einstein), der Gravitation u.v.m. aus der Natur abgeleitet.

In der Werttheorie im wirtschaftlichen Produktionsprozess hat Marx große Bereiche an Gesetzmäßigkeiten erkannt und den Mechanismus der Ausbeutung nachgewiesen. Ein praktisches Messinstrument für die Wirtschaft, das die gerechte Aufteilung des geschaffenen Neuwertes für die Lohnzahlung sichtbar macht (quasi ein „Urmeter“ der Lohnberechnung), ist noch nicht gefunden. Die bisherige Entlohnung wird vom Machtverhältnis des Kapitals bestimmt. Der von Arno Peters, Heinz Dieterich u.a. erforschte Stand, unter Nutzung der Möglichkeit der Elektronischen Datenspeicherung und Verarbeitung¹⁴⁾ die Arbeitszeit als Grundlage einer gerechten Lohnzahlung zu nehmen, sollten durch Modellversuche anhand praktischer Abläufe und in einem großen Maßstab weiter getestet werden.

Die internationale Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene bedarf gesonderter Überlegungen. Die UNO hat bereits wertvolle Regelungen vorgeschlagen. Ihr kommt im Interesse der Weltgemeinschaft für die Zukunft eine starke Rolle zu.

Der Menschheitstraum eines auskömmlichen freiheitlichem Leben in Frieden, geprägt von Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie und Solidarität wird in Erfüllung gehen, wie auch die Visionen vieler Wissenschaftler und Politiker, Künstler.

Der kämpferische Viktor Hugo (1802-1885), dessen Herz für die „Elenden“ schlug, war voller Überzeugung: „Wenn die Zeit für eine Idee herangereift ist, kann sie von niemanden mehr aufgehalten werden“.

Das Rad der Evolution der Gesellschaftsgeschichte dreht sich weiter.

Literaturverzeichnis

- 1 Thomas Morus“Utopia“, Dietzverlag Berlin, 1959
- 2 B. Harenberg, Chronik der Menschheit, Chronikverlag, 1992
- 3 K. Marx, Das Kapital Bd. I, Dietzverlag Berlin, 1959
- 4 H. Hörz, Von den Zwecken des Handelns, ND 23.2.2012
- 5 Die SED in Konfliktsituation, Konferenzbeiträge, Heft Nr. 106, Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V., Berlin, 2006
- 6 Hans Modrow, Perestroika, Edition Ost, Berlin
- 7 P. Krugmann, „Die Neue Weltwirtschaftskrise“, Campusverlag, 2010
- 8 EU am Ende? Verlag am Park, Berlin 2011
- 9 G. Fülbert, „Sozialismus“, PapyRosa Verlag, 2010
- 10 Matthias Krauß „Unfähigkeit zur Versöhnung“, Neues Deutschland, 3.3.2012
- 11 Heiko Wimmen, Friedliche Revolution statt nackte Gewalt“, Neues Deutschland, 19.2.2012
- 12 Programm Die Linke, Bundesgeschäftsführung, Berlin, 2012
- 13 Christa Luft, „Ende der ewigen Wahrheiten“, Neues Deutschland, 20.2.2012
- 14 Autorenteam unter Leitung von H. Dieterich, „Sozialismus XXI“ Übergangsprogramm zum Demokratischen Sozialismus des XXI. JH. in Europa, AktivDruck Verlag, 2010